



## **ASIEN/JORDANIEN - Erzbischof Lahham: „Bei der angekündigten Kundgebung der Muslimbrüder könnte es zu Ausschreitungen kommen“**

Amman (Fidesdienst) – „Am kommenden Freitag rufen die Muslimbrüder zu einer großen Kundgebung auf, bei der gegen die bevorstehenden Wahlen demonstriert werden soll. Die Stammesführer sollen bereits angekündigt haben, dass rund 200.000 bewaffnete Personen an den Protesten teilnehmen werden, die zum Kampf bereit sind. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht geschieht“, so der lateinische Patriarch von Jerusalem und Patriarchalvikar für Jordanien, Erzbischof Maroun Lahham, zur kritischen Lage im Vorfeld der voraussichtlich noch vor Ende des Jahres stattfindenden Wahlen. Eine Verschiebung der Wahlen ist nicht ausgeschlossen.

Mit Blick auf eine mögliche Ausweitung der derzeitigen destabilisierenden Prozesse im Nahen Osten auf das Reich von König Abdullah II. betont der Erzbischof: „Die geplanten Wahlen wären die ersten freien und demokratischen Wahlen in Jordanien. Die Regierung wird erstmals von der Mehrheitspartei gebildet werden. Bisher ernannte der König die Regierung und den Premierminister. Die Muslimbrüder kündigen seit Wochen einen Wahlboykott an. Sollte das Versprechen einer freien und demokratischen Wahl gehalten werden, dann würden die Muslimbrüder die politische Entwicklung des Landes stark beeinflussen können. Sollten sie sich jedoch für einen Boykott entscheiden, dann hätte diese Haltung nur negative Auswirkungen.“

Erzbischof Lahham erläutert auch, wie sich die Instabilität des gesamten Nahen Osten in dieser delikaten politischen Phase in Jordanien auswirkt: „In Syrien wird die Lage zunehmend undurchsichtig. Als Vertreter der Kirche rufen wir immer wieder zu Frieden, Versöhnung und Vergebung auf, doch es scheint keinen Ausweg aus der Krise zu geben, denn die Regierung gibt nicht nach und auch der Widerstand scheint zunehmend vom Ausland unterstützt und mit Waffen beliefert zu werden. Der Winter steht vor der Tür und die humanitäre Lage der Flüchtlinge wird unhaltbar werden. Dies gilt zum Beispiel für Zehntausende Syrer im Aufnahmelager in Zataari. Unter ihnen befinden sich auch Vertreter Syriens, die versuchen, in Jordanien Unruhe zu schaffen. Werden diese erkannt, dann werden sie umgehend in ihr Land zurück geschickt“. (GV) (Fidesdienst, 02/10/2012)